

Wie hoch ist der Anteil am Bundeshaushalt 2024 (476,8 Milliarden Euro) für die Ausgaben von Arbeit und Soziales?

Um den Anteil der Ausgaben für Arbeit und Soziales am Bundeshaushalt 2024 zu berechnen, benötigt man die spezifische Summe, die für diesen Bereich vorgesehen ist. Der Bundeshaushalt für 2024 beläuft sich insgesamt auf 476,8 Milliarden Euro.



Nach den aktuellsten verfügbaren Informationen betragen die Ausgaben für Arbeit und Soziales im Bundeshaushalt 2024 rund 170,1 Milliarden Euro.

Der Anteil der Ausgaben für Arbeit und Soziales am Bundeshaushalt 2024 beträgt damit also etwa 35 %. Damit ist die richtige Antwort:

- Etwa 35 %

Wichtig dabei ist, immer genau zu lesen, worauf sich die Zahlenbasis bezieht. Die gerade erwähnte

Basis ist in diesem Beispiel der Bundeshaushalt 2024. Dieser bezieht sich ausschließlich auf die finanziellen Planungen und Ausgaben des Bundes.

Zur Abgrenzung seien hier die Gesamtausgaben des öffentlichen Haushalts erwähnt, die die Ausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherungen, also alle staatlichen Ausgaben auf allen Verwaltungsebenen in Deutschland umfassen. Diese betragen im Jahr 2023 etwa 1.951,943 Milliarden Euro. (Quelle: Statistische Bundesamt mit seinem Internetportal DESTATIS)

Ist der Bundeshaushalt sozial?

Letztendlich ist die Beurteilung, ob der Bundeshaushalt sozial ist, subjektiv und hängt von individuellen Ansichten und Wertungen ab.

Was spricht für ein **Ja**?

1. **Hohe Ausgaben für Soziales:** Ein erheblicher Teil des Bundeshaushalts wird für Arbeit und Soziales aufgewendet, was darauf hinweist, dass die soziale Absicherung und Unterstützung eine hohe Priorität haben.
2. **Sozialleistungen und Unterstützung:** Diese Mittel fließen in Renten, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und andere soziale Dienstleistungen, die das Wohlergehen der Bürger fördern.
3. **Armutsbekämpfung und Gleichstellung:** Derartige Ausgaben tragen zur Verringerung der Armut und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit bei.

Was spricht für ein **Nein**?

1. **Relative Ausgaben:** Obwohl der Prozentsatz hoch ist, könnten die tatsächlichen Mittel für bestimmte soziale Programme unzureichend sein.
2. **Vergleich zu anderen Ausgaben:** Möglicherweise gibt es Kritik daran, dass andere Bereiche wie Verteidigung oder Verwaltung verhältnismäßig mehr Mittel erhalten, die umverteilt werden könnten.

3. **Effektivität der Ausgaben:** Es könnte Bedenken geben, ob die Ausgaben effizient und zielgerichtet eingesetzt werden, um die gewünschten sozialen Verbesserungen zu erreichen.

Wir als Stiftung Finanzbildung tendieren klar zur Aussage JA. Denn die NEIN-Gedanken würden unterstellen, dass der Sozialstaat alternativlos an erster Priorität steht, hinter dem Wirtschaftsinteressen oder Sicherheitsinteressen absolut zurückstehen, und dass exzessive Schulden hinnehmbar wären. Die demokratischen Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft sehen jedoch einen fairen Interessenausgleich vor. Erkenntnisse könnten aus der Politik der nordeuropäischen Staaten abgeleitet werden, die



viel Erfahrung mit einem starken Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten sammeln konnten und diese Politik immer wieder angepasst haben. Die Kinderbuchautorin Astrid Lindgren, die einmal auf ihr Einkommen über 100 % Steuern bezahlen sollte, beschrieb das Dilemma pointiert in dem Zeitungsartikel „Pomperipossa in Monismanien“, der am 10. März 1976 in der schwedischen Tageszeitung Expressen veröffentlicht wurde.

Bilder: © Shutterstock